

„Das ist ein Todesstoß für den Frieden“

Die moslemische Untergrundorganisation Hamas ist zum gefährlichsten Widersacher Israels in den besetzten Gebieten geworden. Um deren Mordtaten zu vergelten, befahl Premier Rabin die Ausweisung von über 400 Extremisten. Nun drohen die Nahost-Friedensgespräche in Washington zu scheitern.

Trauerzüge, offene Gräber, weinende Verwandte, daneben militante Rechtsradikale, die „Tod den Arabern“ schrien: Leid, Haß und Wut breiteten sich in ganz Israel aus, nachdem am Dienstag voriger Woche der blutige Körper des von radikalen Palästinensern entführten und ermordeten Grenzpolizisten Nissim Toledano, 29, nahe Jerusalem gefunden worden war.

Er war der sechste Soldat, den Fundamentalisten der islamischen Untergrundorganisation Hamas binnen einer Woche umgebracht hatten.

Die Woge der Gewalt, begleitet von Brandanschlägen und Feuerüberfällen, brachte Ministerpräsident Jizchak Rabin in Bedrängnis. Als Wahlsieger über den großisraelischen Nationalisten Jizchak Schamir war er im Juli mit der Ver-

heißung angetreten, seinen Landsleuten eine friedlichere Zukunft zu bescheren.

Jetzt, fünf Monate später und mehr als ein Jahr nach dem historischen Auftakt der Nahost-Gespräche in Madrid, ist der Friedensprozeß in höchster Gefahr. Unter Israelis wie Palästinensern ist die Hoffnung auf Versöhnung in dem Dauerkonflikt kalter Ernüchterung gewichen.

„Das fünfte Jahr der Intifada begann mit der Euphorie des Friedensprozesses“, schrieb die Zeitung *Chadaschot* zum Jahrestag der palästinensischen Erhebung, die im Dezember 1987 ausgebrochen war, „es endet mit einem Gefühl der Routine, die nirgendwohin führt.“

Rabin, innenpolitisch unter Druck, reagierte auf den Terror mit Gegen-



Abgeschobene Palästinenser an der

ror. Er ließ über 400 Palästinenser aus den besetzten Gebieten abschieben. Die Verbannten, zuvor mit je 50 Dollar, einer Jacke und einer Decke ausgestattet, wurden im Niemandsland des Südlibanon ausgesetzt. Ende vergangener Woche saßen sie bei Kälte und Nebel im Freien fest.

Die arabischen Verhandlungsdelegationen boykottierten daraufhin das für vorigen Donnerstag angesetzte Treffen mit den Israelis bei den Friedensverhandlungen in Washington. „Die Deportation bedeutet, daß die Gespräche gestoppt sind“, ließ die PLO-Führung in Tunis mitteilen. Verhandlungsführer Haidar Abd el-Schafi meinte grimmig: „Ein Todesstoß für den Frieden.“

Das ist genau das Ziel der militanten Moslem-Organisation Hamas (Eifer, Begeisterung), die auch „den letzten Juden auf der Welt eliminieren“ möchte und „die Befreiung Palästinas bis zum letzten Sandkorn“ fordert. Für die Israelis ist Hamas zur gefährlichsten Herausforderung geworden, weitaus bedrohlicher jedenfalls als die PLO ihres alten Erzwidrsachers Jassir Arafat.

„Autobomben, Schüsse aus vorbeifahrenden Wagen und nun sogar Kidnapping“, empörte sich die Zeitung *Maariv* über den Verfall der Sicherheit im Judenstaat, „das ist die Libanisierung Israels.“

Rechte Nationalisten wie der Ex-Minister Ariel Scharon riefen nach drakonischen Maßnahmen gegen militante Palästinenser: „Jeder bewaffnete Terrorist muß getötet werden“ (siehe In-



Ministerpräsident Rabin: Terror und Gegenterror



israelisch-libanesischen Grenze: Mit 50 Dollar, einer Jacke und einer Decke im Niemandsland ausgesetzt

terview Seite 132). Andere Hardliner forderten, den zu lebenslanger Haft verurteilten Hamas-Führer Scheich Ahmed Jassin vor ein Kriegsgericht zu stellen: Der seit seiner Jugend gelähmte Islamgelehrte, Gründer der Organisation im Gaza-Streifen, verdiene die Todesstrafe. Und Likud-Chef Schamir, der seinen Nachfolger Rabin für die Zunahme der Attacken verantwortlich machte, empfahl: „Terrorisiert die Terroristen.“

„Keine Demokratie kann einen Krieg gewinnen, wenn sie sich an Regeln hält, die nur im Frieden funktionieren können“, gab die *Jerusalem Post* wachsendes Volksempfinden wieder und stellte fest: „Wir brauchen eine militärische Lösung.“

Rabin, von einem Mißtrauensantrag gegen seine Regierung bedrängt, gelobte Härte. „Die Welt darf nicht überrascht sein, wenn wir dieses Mal gezwungen sein werden, sehr ernste Maßnahmen zu ergreifen, um Israels Sicherheit zu gewährleisten“, erklärte der Ex-Generalstabschef und ließ in einer nächtlichen Großrazzia mehr als 1600 mutmaßliche Aktivisten extremistischer Moslem-Organisationen festnehmen.

Tags darauf wurden zunächst 418 angebliche Rädelführer in Handschellen und mit verbundenen Augen auf 22 Busse verladen. Im letzten Moment holten Soldaten 35 Hamas-Aktivisten heraus und brachten sie in israelische Gefängnisse zurück. Ihre geplante Abschiebung, so das Verteidigungsministerium, sei „ein bürokratischer Fehler“ gewesen.

Israels Oberstes Gericht hatte die Massendeportation – die bislang größte in der

Geschichte Israels – am Donnerstagabend voriger Woche nach dramatischer Debatte mit fünf zu zwei Richterstimmen gebilligt. Bürgerrechtsvertreter und Anwälte der Palästinenser kritisierten sie als „illegalen Akt“.

Ein Verstoß gegen die Menschenrechte und die Genfer Konvention zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten, die „Einzel- oder Massenumsiedlungen sowie Deportationen aus besetztem Gebiet“ ausdrücklich untersagt, war es ganz gewiß. Rabin aber verteidigte die „zeitweilige Ausweisung“ als das geringste Übel für jene, die „Israelis und den Frieden töten wollen“.

„Die Hamas-Fundamentalisten haben nur ein Ziel: den Dialog abzuwürgen“, rechtfertigte David Kimche, Ex-Generaldirektor im Außenministerium, das israelische Vorgehen. „Deswegen wird die zeitweilige Ausweisung dieser Leute zwar zunächst Kritik einbringen, aber langfristig wird sie dem Friedensprozeß dienen.“

Eine fragwürdige Hoffnung, denn die PLO-nahen Palästinenser sahen sich durch die rabiate Blitzabschiebung zur Solidarität mit den ungeliebten Fundamentalisten von Hamas gezwungen. „Sonst wären wir in den Augen unserer Landsleute Handlanger der Besatzungsmacht“, begründete ein Ost-Jerusalemer PLO-Politiker den Schulterschuß. „Rabin hat mit der Deportation all jenen israelischen und palästinensischen Extremisten in die Hände gespielt, die den Friedensprozeß abwürgen wollen.“

Hamas, der militärische Arm der Moslem-Bruderschaften in Palästina,

war zu Beginn der Intifada als Gegengewicht zu den etablierten palästinensischen Parteien entstanden. Die Israelis beobachteten damals mit Genugtuung, wie der politische Alleinvertretungsanspruch der PLO durch die islamischen Eiferer erstmals in Frage gestellt wurde. Scheich Jassin sicherte sich mit Ausfällen gegen Arafat anfangs sogar das Wohlwollen der Besatzer.

Doch die Hoffnung der Israelis, der Widerstand der Palästinenser werde durch die Spaltung entscheidend geschwächt, war eine fatale Fehlkalkulation. Vor allem im Gaza-Streifen ist Hamas heute die führende Kraft: Die Organisation verbindet politischen Radikalismus mit religiösem Sendungsbewußtsein; militärische Kommandounternehmen, gegen die es nur schwer Gegenwehr gibt, sind ihr bevorzugtes Kampfmittel.

Ihre Todesschwadronen, die ebenso Jagd auf israelische Soldaten wie auf palästinensische Kollaborateure machen, sind verantwortlich für viele Bluttaten aus jüngster Zeit. Sie operieren in kleinen, voneinander weitgehend unabhängigen Gruppen und werden noch immer straff geführt, obwohl ihr Führer Jassin seit 1989 im Gefängnis sitzt. Der „Prophet des Terrors“ (*Maariv*) lenkt seine Gefolgschaft per Kassiber aus der Zelle. Schutz vor Israels Soldaten bieten den Kämpfern Höhlenverstecke in der Karstlandschaft des Westjordanlandes.

Armee und Geheimdienst planen jetzt einen Schlag gegen das Sympathisantennetz, um, so ein Militär, den

„ Hamas-Terror ein für allemal“ zu be-
seitigen: Universitäten, Schulen und
Kindergärten sollen geschlossen wer-
den, ebenso Sport- und Wohltätigkeits-
vereine, die als Hochburgen der Mos-
lem-Organisation gelten. Über solche
Deckadressen fließen nach israelischen
Erkenntnissen jährlich rund 30 Millio-
nen Dollar an die Fundamentalisten –
vor allem aus dem Iran und Saudi-Ara-

bien, aber auch von Spendern aus Eu-
ropa und den USA.

Ob damit der Zulauf an jugendl-
ichen Kämpfern für die Terrororganisa-
tion gestoppt werden kann, scheint
zweifelhaft. Unerbittliche Kompromiß-
losigkeit unterscheidet die moslemi-
schen Fanatiker von den säkularen
Parteien der Palästinenser; gerade dar-
in besteht ihre Attraktivität für die

verlorene Generation, die unter is-
raelischer Herrschaft seit 1967 heran-
wuchs.

„Die Fundamentalisten haben die
richtige Ideologie, und ihre Anhänger
sind bereit, dafür zu sterben“, sagt der
israelische Autor und Hamas-Experte
Dani Rubinstein. Die jüngsten Attak-
ken, befürchtet er, „waren gerade erst
der Anfang“.

„Jeder bewaffnete Terrorist muß getötet werden“

Interview mit Ex-Minister Ariel Scharon über die Gewalt in den besetzten Gebieten

SPIEGEL: In den ver-
gangenen zwei Wochen
sind sechs israelische
Soldaten getötet wor-
den. Es gab Dutzende
von Bombenanschlägen
und Feuerüberfällen.
Verliert Israel den
Kampf gegen die
radikalen Palästin-
enser?

SCHARON: Nein, si-
cher nicht. Wir stehen
palästinensischem Ter-
ror schon seit hundert
Jahren gegenüber, und
doch ist der jüdische
Staat stetig gewachsen,
von damals 80 000
Menschen auf heute
4,5 Millionen. Das ist
Beweis genug, daß Israel diesen Krieg
gewonnen hat.

SPIEGEL: Trifft Ihrer Meinung nach
die Regierung Rabin die Schuld an der
Welle von Gewalt?

SCHARON: Ich werde keiner jüdi-
schen Regierung die Verantwortung
für den Tod von Israelis zuweisen –
schuld sind allein die Araber. Aller-
dings macht Rabin bedenkliche Fehler
beim Versuch, den Terror der Intifada
zu stoppen.

SPIEGEL: Der früheren Likud-Regie-
rung, der Sie als Minister für Woh-
nungsbau angehörten, war es doch
auch nicht gelungen, die Palästinenser
zu unterwerfen.

SCHARON: Obwohl ich dem Kabinett
15 Jahre lang angehörte, habe ich stets
gesagt, daß ich mit der Art des Kamp-
fes gegen den palästinensischen Terror
nicht einverstanden war. Dennoch: Im
Vergleich zu früher hat sich die Situa-
tion dramatisch verschlimmert. Wir
müssen uns klarmachen, daß dieser
Konflikt keine Demonstration ist und
kein Aufruhr. Das ist Krieg.

SPIEGEL: Wieso sind Israels Streit-
kräfte nicht in der Lage, mit dieser



Hardliner Scharon: „Schuld sind allein die Araber“

Form des Guerillakrieges fertig zu wer-
den?

SCHARON: Militär und Sicherheits-
kräfte müssen klare Befehle erhalten,
alle terroristischen Organisationen zu
eliminieren. Solche Instruktionen hat
es bisher nie gegeben; man sprach im-
mer nur davon, die terroristischen Ak-
tivitäten zu verringern, zu minimieren.
Der Auftrag an das Militär muß heißen:
Der Terror muß ausgerottet werden.

SPIEGEL: Feuer frei auf alle Palästi-
nenser?

SCHARON: Ich sage nicht, daß die Sol-
daten mit juckendem Finger am Abzug
sitzen sollen. Aber jeder bewaffnete
Terrorist muß getötet werden, es sei
denn, er ergibt sich. Deswegen müssen
die umständlichen Vorschriften, nach
denen das Militär das Feuer eröffnen
darf, geändert werden.

SPIEGEL: Glauben Sie, mit militäri-
schen Mitteln den politischen Konflikt
lösen zu können?

SCHARON: Wir müssen präventiv
handeln. In den letzten Tagen sind 1200
Mitglieder der fundamentalistischen
Terror-Organisation Hamas festge-
nommen worden. Warum erst jetzt?

Unserem Geheimdienst
waren sie seit langem
bekannt.

SPIEGEL: Soll die Re-
gierung Rabin die palä-
stinensischen Führer
verhaften, mit denen sie
in Washington Frie-
densgespräche führt?

SCHARON: Diese Re-
gierung ist auch
schwach, gerade weil es
in ihr Mitglieder gibt,
die für einen Dialog mit
der terroristischen PLO
eintreten. Die Be-
schwichtiger fordern
Konzessionen gegen-
über der PLO und un-
terscheiden zwischen
Jassir Arafats Fatah-

Organisation und den islamischen Fun-
damentalisten. Das ist falsch.

SPIEGEL: Wieso? Die PLO ist für Ge-
spräche mit Israel, Hamas lehnt jeden
Dialog ab.

SCHARON: Diese Terror-Organisa-
tionen unterscheiden sich so wenig
voneinander wie Hitlers SS von Hitlers
SA. Ihr Ziel ist dasselbe – sie wollen die
Juden töten. Schließlich ist die PLO für
die meisten terroristischen Anschläge
in diesem Jahr verantwortlich: Auf ihr
Konto gehen 254 von insgesamt 339 At-
tentaten.

SPIEGEL: Dann müssen Sie aber auch
die Friedensgespräche in Washington
stoppen.

SCHARON: Ich bin nicht gegen Ver-
handlungen. Wir sollten sie nicht ab-
brechen, sondern einfrieren. Rabins
Zugständnisse an die Palästinenser ha-
ben den Druck nur verstärkt. Die Be-
kämpfung des Terrors braucht eine
starke Regierung. Deshalb habe ich
den Vorschlag gemacht, auf begrenzte
Zeit eine Koalition des nationalen Not-
stands zu bilden. Es ist die letzte Stun-
de, vielleicht sogar die letzte Minute,
um dem Terror Einhalt zu gebieten.